

Neuer Anlauf im Fall Duvalier

Haiti, das EDA und die schweizerische Koalition von Nichtregierungsorganisationen zur Rückführung der Duvalier-Gelder (Duvalier-Koalition) ziehen kurz vor Ablauf der letzten Blockierungsfrist der Duvalier-Gelder am selben Strick. Sie haben einen politischen wie auch technischen Etappenerfolg erzielt bei dem Vorhaben, die Grundlage für ein neues Rechtshilfeverfahren zu legen.

Max Mader

Der haitianische Generalstaatsanwalt, der trotz der laufenden Regierungsumbildung sein Mandat zum Duvalier-Fall behalten wird, arbeitete in den letzten drei Monaten eng mit den Schweizer Behörden zusammen. Das EDA vermittelte ihm unter anderem einen Anwalt für die Vorbereitung einer Strafklage gegen Jean-Claude Duvalier. Louis Joinet, der Uno-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in Haiti, wird am 17. Juni seinen Schlussbericht zu Haiti vor dem Uno-Menschenrechtsrat vorstellen. Nach einem Austausch der Duvalier-Koalition mit all den genannten Akteuren stellt sie zurzeit ein Dossier von Beweismitteln zusammen und sichtet die haitianische Rechtslage. Das Resultat dieser Arbeit wird die Koalition Haiti und der Schweiz zur Verfügung stellen.

Die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch die Duvalier-Koalition vor einem Jahr sowie ihr Angebot an das EDA, auch technische Unterstützung zu leisten, tragen nun kurz vor Ablauf der letzten Blockierungsfrist Früchte. Die politischen Widerstände in Haiti gegenüber einer Anklage Duvaliers scheinen jetzt überwunden zu sein. Ebenfalls ist die bisher so schleppende technische Umsetzung des geplanten Verfahrens einem Hochbetrieb juristischer Facharbeit gewichen.

Haiti ist ein Herkunftsland von Fluchtgeldern, dessen Rechtssystem durch einen Diktatorenklan geschwächt ist. Empfängerländer deuten diese Kombination von Kapitalflucht und geschwächtem Rechtssystem gerne in folgender Weise: Wenn das Herkunftsland das Rechtshilfeverfahren verschleppe, deute dies auf ein mangelndes Interesse an der Rückführung der Fluchtgelder hin. Haiti hätte es verdient, diese politisch saumselige, voreilige und bequeme Deutung hierzulande ausser Mode zu bringen und alle zuständigen Behörden zur Nachahmung des EDA zu ermuntern, das sich vermehrt bemüht, reformwillige Vertreter südlicher Herkunftsländer politisch und technisch zu unterstützen.